Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Dialog der Verantwortung

Erwartungen des Nachhaltigkeitsrates an die Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Stellungnahme, Berlin im Juni 2011

texte Nr. 37, Juni 2011

www.nachhaltigkeitsrat.de

Was ist Nachhaltigkeit?

Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Impressum

© 2011 Rat für Nachhaltige Entwicklung
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
www.nachhaltigkeitsrat.de
info@nachhaltigkeitsrat.de

© Fotos: Rainer Lutter, LIBOMEDIA, © Rat für Nachhaltige Entwicklung | Alterfalter – fotolia.com | Veer

Dialog der Verantwortung
Erwartungen des Nachhaltigkeitsrates an die Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Stellungnahme,
Beschluss vom 19. Mai 2011

Verantwortung klarstellen

Die Idee der Nachhaltigkeit erreicht in der Öffentlichkeit immer mehr Zustimmung. Der Begriff wächst langsam in die Gesellschaft hinein. Das ist gut, aber es reicht uns nicht. Wir fordern mehr: Mehr Klarheit bei der Verwendung des Begriffes, mehr Mut zu konkreten Maßnahmen, mehr Bereitschaft zum Nachdenken und Innehalten angesichts der Notwendigkeit einer globalen Wende im Umgang mit Ressourcen, Wohlstand und Wirtschaft. Und wir wissen, dass das Mehr möglich ist. Wir wissen, dass Nachhaltigkeit Menschen in ihrem Denken und Handeln beflügeln kann. Wir wissen aber auch, dass das Gegenteil eintritt, wenn Nachhaltigkeit nur zur Floskel wird.

Wir durchleben unruhige Zeiten. Die Weltfinanzkrise – und sie ist noch lange nicht ausgestanden – führt uns die Grenzen bisheriger Wohlstandsmodelle vor Augen. Die nukleare Havarie im japanischen Fukushima markiert eine Wende der Energieversorgung. Die demographische Veränderung – nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten der Welt – zwingt uns zur Überprüfung des Sozialsystems.

Bei all dem geht es um die Entwicklungsaussichten der Gesellschaft und Wirtschaft sowie um Grundsatzfragen der Wohlstandssicherung in einer Welt, in der Ressourcenfragen immer wichtiger werden. Das betrifft die Erzeugung und Versorgung mit Energie, die Infrastruktur, den Klimaschutz, die volkswirtschaftlichen Wirkungen von Preisen, Kosten und Erträgen sowie die Notwendigkeit, mehr zu forschen und Bürgerinnen und Bürger besser einzubeziehen. Auch die Frage wird berührt, wie letztlich das Modell des Wirtschaftens überhaupt aussehen kann, wenn es in einer Welt bestehen soll, die im Diktat der Kurzfristigkeit dazu neigt, Engpässe und Risiken mehr oder weniger unreflektiert auf zukünftige Generationen zu verlagern.

In Deutschland muss sich viel ändern, damit es so bleibt wie es ist. Diese Aussage hört sich zunächst fragwürdig an, aber sie ist dennoch zutreffend. Damit wir den Wohlstand und das hohe Niveau von Umweltschutz und Lebensqualität erhalten und steigern können, müssen wir vieles ändern. Dabei sollen uns Nachhaltigkeitsstrategien helfen. Wir brauchen sie auf allen Ebenen: bei Unternehmen und öffentlichen Institutionen, bei Vereinen und Verbänden, in Kommunen und beim Staat. Gemessen an diesem Anspruch stehen wir erst ganz am Anfang. Deshalb kommt der Bundesregierung eine solch hohe Verantwortung zu.

Vision 2050

Wir können Zukunft nicht voraussagen. Die Erfahrung lehrt, dass „Zukunft“ meist das ist, was wir heute übersehen. Aber: je mehr wir heute über Zukünftiges nachdenken und diskutieren, desto besser werden wir uns orientieren können. Orientierung ist Voraussetzung für das Engagement von Individuen. Je mehr und intensiver wir Zukunftsdiskussionen führen, desto bedachter und zukunftsfähiger werden unsere Entscheidungen. Dafür brauchen wir die Debatte über die Vision 2050.

Das Projekt Dialoge_Zukunft_Vision2050 hat überzeugende Visionen und Sichten auf das Jahr 2050 erbracht. Das Projekt basiert auf der Übertragung von Verantwortung von denjenigen, die heute Entscheidungen treffen, auf diejenigen, die als Generation der heute Unter-Siebenundzwanzigjährigen bis 2050 fast vierzig Jahre Lebenszeit vor sich haben, und die sie mit Entscheidungen in Beruf, Familie, Kommune und Unternehmen, Staat und Gesellschaft füllen werden.

Das Projekt Dialoge_Zukunft_Vision2050 zeigt, wie richtig und innovativ das Prinzip Dialog ist. Es ist für alle Nachhaltigkeitsstrategien unverzichtbar. Allerdings erfordert ein auf Ergebnisse und Wirkungen angelegter Dialog auch ein Eingehen auf die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Verantwortung der Teilnehmer. Das ist eine Zukunftsaufgabe sowohl in der Politik als auch für die Gesellschaft.

Der Nachhaltigkeitsrat schlägt solche und vergleichbare Zukunftsdialoge als festen Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie vor. Auch für Unternehmen und andere Akteure können derartige Dialoge nützlich sein.

Neue Allianzen: Dialog Nachhaltige Stadt und Dialog Nachhaltigkeitskodex

Deutschland braucht die Überwindung von partikularen und disziplinären Interessen. Das gilt ganz generell, aber sicherlich auch für die Nachhaltigkeitspolitik. Das langfristige und verantwortete Denken und Handeln kann durch neue Allianzen in der Politik, in der Gesellschaft und der Wirtschaft gefördert werden. Der Oberbürgermeister-Dialog Nachhaltige Stadt ist hierfür ein gutes Beispiel. Erstmalig haben sich Oberbürgermeister zu einem Strategie-Dialog zur Nachhaltigkeitspolitik zusammengefunden.

Im Dialog-Prozess zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex kommen Unternehmen aus Produktion und Handel sowie Finanzdienstleistung zusammen, um mit dem Nachhaltigkeitskodex ein neues Instrument zu schaffen, das die Nachhaltigkeitsaktivitäten der Unternehmen transparent und bewertbar darstellt. Das wird auch zu ambitionierten weiteren Maßnahmen anregen.

Zeichen setzen

Mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie soll die Bundesregierung ein aktives Zeichen zur Verantwortung setzen. Es soll signalisieren, dass Nachhaltigkeit ein lebhaftes und lebendiges Thema ist und dass es um die Vision des Lebens in einer verantwortbaren Welt geht. Es soll Unternehmen, Arbeitsnehmer, Konsumenten und Bürger dazu ermuntern, eigene Aktionen und Visionen zu entwickeln, wie Schritte hin zu einer nachhaltigen Entwicklung gemacht

werden können. Geschieht dies nicht oder nicht wirksam genug, dann würde die nationale Nachhaltigkeitsstrategie keine weitergehende Wirkung entfalten. Sie wäre Anspruch ohne Anstrengung. Wo sich die Wirkung nicht im eigenen Tun der Bundesregierung – wie jedes anderen Absenders – erkennen lässt, kann Glaubwürdigkeit nicht entstehen.

Wir glauben, dass die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ein lohnendes politisches Unterfangen ist, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich Einstellungen und Lebensstile in der Breite der Gesellschaft längst verändern. Immer mehr Menschen kaufen Biolebensmittel, achten im alltäglichen Einkauf auf Transfair-Siegel und geben nur noch solchen Unternehmen einen Vertrauensvorschuss, die sich glaubwürdig und transparent an die Verbesserung ihres eigenen ökologischen Fußabdrucks machen. Aktuell ausgelöst durch die Nuklearhavarie in Japan machen immer mehr Menschen deutlich, dass sie die Atomwirtschaft nicht mehr als eine zeitgemäße Technik ansehen. Manche haben dies noch nie so gesehen, aber jetzt gibt es einen Konsens zur völligen Erneuerung der Energieversorgung. Damit ist eine Möglichkeit gegeben, Nachhaltigkeit in einem Kernbereich voranzubringen. Das fühlen immer mehr Menschen in Deutschland. Für den Nachhaltigkeitsrat ist der Zusammenhang völlig klar. Ein Umbau der Energieversorgung wird umso eher gelingen je klarer der Kompass auf Nachhaltigkeit zeigt und je mehr Nachhaltigkeit zum Maßstab für die Lösung der Zielkonflikte zwischen Energiesicherheit, Umwelt, Wirtschaftlichkeit und Verantwortung wird.

Auf neuen Wegen Beispiel gebend vorangehen

Wir erwarten, dass die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung das Konzept Nachhaltigkeit von einer fachlich versierten, aber doch politisch eher randständigen Arbeit zu einem Mainstream macht, den man im Verhalten von Ministerien, nachgeordneten Behörden, Bundesunternehmen, Botschaften konkret sieht: z.B. in der Beschaffung nach Nachhaltigkeitskriterien, anhand klimaneutraler Dienstreisen, in den CO_2-Emissionen der Dienstwagenflotte, in der Reduktion des Energieverbrauchs der Liegenschaften, Rechenzentren und öffentlichen Veranstaltungen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen ermutigt werden, selbst zu Nachhaltigkeits-Akteuren zu werden. Führungskräfte sollen zu Entscheidungen ermutigt werden, in öffentlichen und privaten Einrichtungen Weichen in Richtung neuer, nachhaltiger Geschäftsmodelle zu stellen.

Die Nachhaltigkeitsprüfung für neue Gesetzesentwürfe soll weiterentwickelt werden.

Wir erwarten, dass die Nachhaltigkeitsstrategie neue Wege geht,

- um das Nachhaltigkeitsdenken in der deutschen Wirtschaft voran zu bringen,
- um die Visionen für das Jahr 2050 anzuregen und den Zukunftsdialoge zu stärken,
- um neue Allianzen zu schaffen, zu ermutigen und zu stärken,
- um die Konsumenten noch besser auf ihre Chancen anzusprechen, nachhaltig einzukaufen.

Schwerpunkte

Die aktuellen energiepolitischen und –wirtschaftlichen Richtungsentscheidungen sollen prominenten Platz in der Fortschreibung finden.

Die Nachhaltigkeitsstrategie soll der Beliebigkeit im Umgang mit dem Begriff Nachhaltigkeit insbesondere durch die Zertifizierung und der Sicherung der Qualität von Produkten und Dienstleistungen entgegenwirken. Querschnittsthemen wie insbesondere die Nutzung von Wasser und Boden als natürliche Ressourcen und die Rohstoffproduktivität sollen stärker hervorgehoben werden.

Der Fortschrittsbericht soll das Thema Energiewende und Nachhaltigkeit ausbuchstabieren.

Prioritäten

Es wird angeregt, dass die Nachhaltigkeitsstrategie eine kurze Liste von Prioritäten benennt, an deren Lösung sich die Nachhaltigkeitspolitik der nächsten zwei Jahre entscheiden soll. Aus Sicht des Nachhaltigkeitsrates kommt hierbei die Zukunftssicherung für die ökologische / nachhaltige Landwirtschaft in der EU-Agrarmarktreform in Frage, ebenso wie die Roadmap zum Einstieg in das Recycling von Basismetallen.

Kooperation und Indikatoren

Die Kooperation mit den Ländern und ihren Staats- und Senatskanzleien soll inhaltlich verbessert und strukturell verankert werden. Dabei können die (Teil)Indikatoren der Strategie eine wichtige Rolle spielen, die auf Kompetenzbereiche der Länder abstellen. Der Zusammenhang von politischen Zielen und ihrer administrativen Steuerung durch die Nachhaltigkeitsstrategie ist besser zu kommunizieren. Die Relevanz der Indikatoren ist an der Chance zur politischen Steuerung zu messen, nicht an der Vollständigkeit bei der deskriptiven Beschreibung der Probleme

Ökonomische Indikatoren erscheinen bei der Beurteilung der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland noch unterrepräsentiert. Daher sind weitere Indikatoren im Hinblick auf ökonomische Messgrößen mit Mittelfristkomponente wünschenswert. Ergänzungsbedarf ist zum einen im Bereich der *Staatsverschuldung* zu sehen, zum anderen im Bereich der – bisher unberücksichtigten – *Finanzmarktstabilität*. Als wichtige Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften sollen solide Staatsfinanzen und stabile Finanzmärkte stärker als bisher zum Gegenstand einer zukunftsorientierten Politik gemacht werden.

Green Economy

Das Thema „nachhaltiges Wirtschaften“ soll als Schwerpunkt aufgewertet werden. Die Frage nach Wachstum, seinen Rahmenbedingungen und den Optionen für nachhaltigkeits-orientierte Messungen von wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand sind zu beantworten. Die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit ist nicht nur ein Abwägungselement, wenn es um Ökologie geht. Vielmehr müssen die ökonomische Nachhaltigkeit und neue Wohlstandsmodelle thematisiert werden. Anhand von Beispielen sollen die Grundzüge und Kriterien für das unternehmensbezogene Management der Nachhaltigkeit beschrieben und

voran gebracht werden. Welche Roadmaps zur Entwicklung von Zukunftsmärkten notwendig sind, welche Nachhaltigkeitskriterien dabei insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung und die Finanzmarktstabilität gesetzt werden und wie das Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft aussehen kann, soll ebenfalls dargestellt werden.

Globale Verantwortung und Rio^{20plus}

Der internationale Dialog ist für Deutschlands Nachhaltigkeitsstrategie essentiell. Nicht nur als Exportland und als Land in der Mitte Europas, sondern als Bürgerinnen und Bürger dieser Welt soll es für uns Verpflichtung und Anreiz sein, die eigenen Ideen und das eigene Handeln im internationalen Rahmen zu sehen und zu bewerten. Der Peer Review zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik ist ein Instrument, dessen Methodik und Anwendung auch international weiter gehen sollte.

Deutschlands Netzwerke zur internationalen Zusammenarbeit könnten das Thema Nachhaltigkeit indessen weitaus mehr und erfolgreicher aufgreifen als dies der Fall ist. Rio^{20plus}, die UN CSD Konferenz 2012, ist hierfür ein willkommener Anlass.

Die Bundesregierung soll sich für eine breite und ambitionierte Vorreiterrolle von Rio^{20plus} auf europäischer Ebene einsetzen. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie soll zum Aushängeschild dessen werden, wie Deutschland seine internationale Verantwortung wahrnimmt.

Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wurde im Juni 2010 von der Bundeskanzlerin Angela Merkel neu berufen, nachdem er erstmalig im April 2001 von Bundeskanzler Gerhard Schröder berufen worden war. Ihm gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens an. Die Aufgaben des Rates sind die Entwicklung von Beiträgen für die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Benennung von konkreten Handlungsfeldern und Projekten sowie Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen.

Ratsmitglieder

Hans-Peter Repnik, Vorsitzender
Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a. D.,
Mitglied des Bundestages a. D. und Rechtsanwalt

Marlehn Thieme, Stellvertretende Vorsitzende
Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD),
Direktorin der Deutschen Bank

Dr. Heinrich Graf von Bassewitz
Landwirt, Bundesbeauftragter für ökologischen Landbau des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und Mitglied des DBV-Präsidiums

Dr. Ursula Eid
Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a. D.

Dr. Joachim Faber
Mitglied des Vorstands der Allianz SE Asset Management

Dr. Hans Geisler
Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie a. D.

Walter Hirche
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium a. D., Minister a. D. in Niedersachsen und Brandenburg, Präsident Deutsche Unesco-Kommission

Dr. Franz-Josef Overbeck
Bischof von Essen

Prof. Dr. Lucia A. Reisch
Professorin an der Copenhagen Business School und der Zeppelin Universität Friedrichshafen

Max Schön
Geschäftsführender Gesellschafter der Max Schön Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Service KG, Präsident der Deutschen Gesellschaft „The Club of Rome“, Vorsitzender des Aufsichtsrats der DESERTEC Foundation

Dr. Eric Schweitzer
Vorstandsmitglied ALBA Group, Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer

Olaf Tschimpke
Präsident des Naturschutzbund Deutschland (NABU)

Michael Vassiliadis
Vorsitzender der Industriegewerkschaft IG BCE

Hubert Weinzierl
Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR),
Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)

Prof. Dr. Angelika Zahrnt
Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND)

Weiterführende Informationen finden Sie unter:
www.nachhaltigkeitsrat.de